

Staat und Kirche

Die Frage nach einem neuen Verhältnis

Quart hat vor Jahren eine Umfrage gestartet, um herauszufinden, was zur Reform der Kirche getan werden müsste. Das war 2004, als der Papst noch Johannes Paul II. hieß. Wir konnten 87 Antworten ernten (als Buch unter dem Titel „Maßnahmen gegen den schiefen Turm“ erschienen). Eine wiederholte Forderungen bestand darin, das Verhältnis von Staat und Kirche zu überprüfen und zu verändern. Ein Jesuit forderte den radikalen Verzicht der Kirche auf Macht und die gewissenhafte Einhaltung der Regeln einer demokratischen Gesellschaft.

Die Kirche kann tatsächlich die Politik nicht mehr zu Hilfe rufen, wie das noch in der Zwischenkriegszeit möglich war. Immer noch ist die Kirche vom Staat abhängig, und zwar bei den vielen caritativen Hilfsangeboten, die von der Kirche betrieben, aber von Staat finanziell unterstützt werden. Das scheint eine fruchtbare Zusammenarbeit zu sein, ist aber in der gegenwärtigen österreichischen Regierung dem blauen Koalitionspartner ein Dorn im Auge. Warum musste man die Auflösung des Flüchtlingslagers in St. Gabriel zähneknirschend hinnehmen? Weil ein schärferer Protest dazu geführt hätte, dass die Regierung weitere finanzielle Zusagen für caritative Einrichtungen gestrichen hätte.

Hier herrscht das Prinzip Erpressung. Da kann von einer Unabhängigkeit der Kirche vom Staat nicht mehr

die Rede sein. Aber um zu einer größeren Unabhängigkeit zu gelangen, sind weitere Reformen nötig. Immer noch ist die römische Kirche organisiert wie ein Staat vor der Einführung der Demokratie. Die Regierung, mag man sie für gut oder schlecht halten, ist immerhin über die Mehrheiten im Nationalrat gewählt worden. Kein Bischof kann sich auf das Votum seines Diözesanvolks berufen.

Noch haben die Bischöfe in Österreich ein öffentliches Prestige, das gebraucht werden könnte, um asoziale Maßnahmen der Politik zu brandmarken und gegen sie zu protestieren. Warum geschieht das nur leise und hinter vorgehaltene Hand? Die Kirche der Zweiten Republik konnte sich meistens auf die ÖVP verlassen und der Kampf gegen die Sozialdemokraten war längst abgeblasen. Aber heute? Ist das stille Einvernehmen mit der Politik ein Ergebnis der Erpressung?

Die römische Kirche sollte Einiges aus der Reformation lernen. Es genügt nicht, dass der jetzige Papst synodale Beratungen fordert, wenn die Bischöfe dazu nicht in der Lage sind. Es sind die Christen in diesem Land, die sich für Arme und Flüchtlinge engagieren. Aber die Bischöfe treten nicht laut genug auf, um die Kreise der Politiker zu stören. Wenn die Kirche selbst ihr autoritäres Gehabe ablegt, kann sie ganz anders auftreten und ein neues Verhältnis zum Staat entwickeln. ■